

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 95 (2020)
Heft: 4

Artikel: Säbelrasseln am Rande Europas
Autor: Keller, Jonas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-914331>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Säbelrasseln am Rande Europas

Griechenland und die Türkei rüsten wieder gegeneinander auf. Es geht um Territorium, Bodenschätze und eine jahrzehntealte Feindschaft.

Jonas Keller

Es klang wie das Echo eines längst vergangenen Krieges, was in den letzten Wochen aus dem östlichen Mittelmeer ertönte – oder wie das erste Grummeln eines künftigen Konfliktes. Griechische Truppen landeten auf der Ägäisinsel Skyros, um einen fiktiven Invasor zurückzuschlagen. Derweil verletzten türkische Kampfjets dutzendweise den griechischen Luftraum, und ein türkisches Schiff, begleitet von Marineeinheiten, suchte in zypriotischen Hoheitsgewässern nach Gasvorkommen. Beide Seiten versicherten, sie wären bereit, sollte es zum Schlagabtausch kommen.

Eine «grosse Idee» mit Folgen

Der aktuelle Zwist zwischen Griechenland und der Türkei hat sich letzten Herbst an Rohstoffvorkommen im Mittelmeer wieder entzündet. Ihren Ursprung hat die Rivalität allerdings bereits im Mittelalter. Nachdem das Osmanische Reich im Jahr 1453 Konstantinopel (heute Istanbul) erobert hatte, stand Griechenland bis ins 19. Jahrhundert vollständig unter dessen Kontrolle. Die griechische Revolution in den 1820er-Jahren brachte dem Land zwar die Unabhängigkeit, allerdings nur ein geringes Territorium im Süden der Balkanhalbinsel.

Fortan verbreitete sich die «megali idea» – die «grosse Idee». Darunter verstanden griechische Nationalisten die Schaffung eines Grossgriechenlands, das alle ethnischen Griechen vereinen sollte. Neben dem Balkan betraf dies auch Territorien in Kleinasien, darunter Konstantinopel. Zwischen 1830 und 1919 arbeiteten verschiedenste griechische Regierungen auf

dieses Ziel hin und erweiterten ihr Gebiet. Insbesondere im Balkankrieg 1913 fielen Teile des osmanischen Reiches auf dem Balkan und im ägäischen Meer an Griechenland.

Die «kleinasiatische Katastrophe»

Während des ersten Weltkriegs hielt Griechenland über weite Strecken an seiner Neutralität fest. Nach dem Friedensschluss 1918 versuchte Athen allerdings, den kriegsbedingten Zerfall des Osmanischen Reiches zur Realisierung der «megali idea» zu nutzen. Mit ein Grund dafür war, dass die ethnischen Griechen in Kleinasien seit 1915 einem Genozid ausgesetzt waren. Eine geschätzte halbe Million orthodoxe Christen starb in dieser Zeit durch Übergriffe und auf Todesmärschen.

1919 landeten griechische Truppen in Smyrna (heute Izmir) an der türkischen Küste und richteten Massaker unter der muslimischen Bevölkerung der Stadt an. Bis September 1921 rückten die Griechen in Anatolien weiter vor und kamen bis kurz vor Ankara, von wo sie aufgrund ihrer überdehnten Nachschubrouten aber bald wieder zurückgedrängt wurden.

Nach einem fast einjährigen Frontstillstand konnten die türkischen Truppen unter dem Kommando des späteren Staatsgründers Mustafa Kemal Pascha die demoralisierten Griechen schliesslich zurückdrängen und bis Mitte September 1922 ganz aus Anatolien vertreiben. Bei der Rückeroberung Izmirs kam es erneut zu Massakern, dieses Mal an den orthodoxen Bewohnern der Stadt. Auch die griechischen Truppen brannten auf ihrem

Rückzug diverse Dörfer nieder und töteten tausende Zivilisten.

Nach dem bitteren Konflikt wurde 1923 im Vertrag von Lausanne die konsequente Trennung Griechenlands und der neu gegründeten Republik Türkei entlang religiöser Linien beschlossen. Mehr als eine Million orthodoxer Christen wurde aus Anatolien auf den Balkan vertrieben, eine halbe Million Muslime in die entgegengesetzte Richtung. Auf beiden Seiten kamen bei diesem Bevölkerungsaustausch zehntausende Menschen ums Leben.

Anhaltende Feindseligkeiten

Nach mehreren Jahrzehnten der relativen Ruhe zwischen den Nachbarn kam es in den 50er-Jahren auf dem britisch verwalteten Inselstaat Zypern zu verstärkten Bemühungen eines Anschlusses an Griechenland. In Reaktion wuchs in der Türkei die anti-griechische Stimmung wieder, was sich 1955 in koordinierten Attacken auf die verbliebene orthodoxe Minderheit in Istanbul entlud. Diskriminierende Gesetze, die seit den 30ern bestanden, wurden verschärft.

Auch nachdem London Zypern 1959 mit der Vereinbarung von Zürich formell als multiethnischen Staat in die Unabhängigkeit entlassen hatte, blieb die Situation gespannt. Die 60er-Jahre sahen wiederholte ethnische Gewalt der Mehrheit der griechischen Zyprioten gegen türkische Zyprioten. Nachdem in Griechenland 1967 eine Militärjunta die Macht ergriff, kam der Druck für einen Anschluss Zyperns vermehrt auch aus Athen. Ankara reagierte während diesem Zeitraum wiederholt mit militärischer Präsenz und zeitweise der Bombardierung zypriotischer Stellungen.

Die Türkei besetzt Nordzypern

Am 15. Juli 1974 eskalierte die Lage auf Zypern. Die Militärjunta in Athen befürchtete eine Abkehr der demokratischen Regierung des Inselstaates vom Ziel eines Anschlusses. Sie unterstützte deshalb die zypriotische Nationalgarde sowie die pro-griechische Terrorgruppe EOKA-B dabei, die Regierung zu stürzen. Am 20. Juli reagierte die Türkei, entgegen den Erwartungen Athens, mit der Landung von Truppen auf Nordzypern.

Für die Junta in Athen hatte die Fehlkalkulation auf Zypern verheerende Fol-



Bild: DPA

Griechische Grenzsoldaten auf Patrouille: Seit 2016 steigen die Spannungen wieder an.

gen. Das Regime, welches bereits geschwächt war durch jahrelange interne Fraktionskämpfe sowie Studentenproteste im Jahr zuvor, kollabierte am 23. Juli, nachdem Teile des Militärs ihm das Vertrauen entzogen hatten. Auch auf Zypern trat der durch den Coup eingesetzte griechische Nationalist Nikos Sampson noch gleichentags zurück.

Die Türkei nutzte die folgende Waffenruhe zur Stärkung der eigenen Position auf der Insel. Mitte August brach Ankara die Verhandlungen ab und besetzte innert kurzer Zeit gut 40 Prozent der Insel. 150 000 Zyprioten griechischer Ethnizität wurden in den Süden der Insel vertrieben, 50 000 türkischstämmige Zyprioten in den Norden. Die Trennung der Insel bleibt bis heute bestehen, mehr als 30 000 türkische Truppen sind noch immer dort stationiert. Aktuell prüft die Türkei den Bau eines Marinestützpunkts und die Stationierung von Kampfflugzeugen. Die 1983 ausgerufenen Republik Nordzypern wird nur von der Türkei anerkannt.

Ressourcen und Territorium

Mit der Entdeckung fossiler Treibstoffe im ägäischen Meer in den 70ern begann eine neue Phase des griechisch-türkischen Disputs. Streitpunkt bis heute bleiben die exakte Abmessung des Luftraums und der exklusiven Wirtschaftszonen um die griechischen Inseln. 1987 und 1996 kam es beinahe zu militärischen Auseinandersetzungen, die jeweils mittels Druck der USA auf die beiden NATO-Partner vermieden

werden konnten. Im ersten Fall entzündete sich der Streit an Erdölvorkommen vor der Insel Thasos, im zweiten Fall an der türkischen Beanspruchung von Imia. Der Status dieser Inselgruppe bleibt bis heute umstritten. Noch 2016 wurde Imia von der Türkei als Territorium beansprucht, 2018 errichtete Ankara auf einer nahe gelegenen Insel militärische Infrastruktur.

Die Ära Erdogan

Während durch die zwischenzeitlichen Hoffnungen der Türkei auf einen EU-Beitritt die Spannungen wieder abgenommen hatten, stiegen sie seit 2016 wieder an. Im Nachfeld eines Coups, durch dessen Scheitern der türkische Präsident Recep Erdogan seine Macht festigen konnte, stellte Erdogan den Vertrag von Lausanne von 1923 und dessen territoriale Aufteilung der Ägäis offen in Frage und proklamierte seine Verantwortung für ethnische Türken in Griechenland und auf Zypern.

2019 verschärfte sich der Disput drastisch. Ein Foto Erdogans vor einer Karte, auf der die halbe Ägäis als türkisches Territorium verzeichnet war, führte im September zu Verstimmungen auf griechischer Seite. Im November liess der türkische Staatschef der Rhetorik Taten folgen. Im Austausch für militärische Unterstützung schloss er mit der bürgerkriegsgeschwächten libyschen Regierung in Tripolis ein Abkommen, das der Türkei die Kontrolle über weite Teile des östlichen Mittelmeers zugestand und das die territorialen Ansprüche der griechischen Inseln Kreta und

Rhodos direkt verletzte. Griechenland verwies daraufhin den libyschen Botschafter des Landes. Im Januar 2020 verkündete Erdogan, im östlichen Mittelmeer mit der Erschliessung von Erdölquellen zu beginnen.

Aufrüstung und Sanktionen

Beide Länder haben angesichts der Streitigkeiten in den letzten Jahren ihre militärischen Ausgaben erhöht. Griechenland, welches ab 2008 auch aufgrund der hohen Militärausgaben in eine Wirtschaftskrise schlitterte, bleibt allerdings rüstungstechnisch weit hinter dem östlichen Nachbarn zurück. Trotzdem dürfte Ankara sich hüten, einen offenen Konflikt mit den EU-Mitgliedern Griechenland oder Zypern zu suchen. Bereits jetzt drohen der schwächelnden türkischen Wirtschaft EU-Sanktionen aufgrund des türkisch-libyschen Abkommens.

Die militärischen Drohgebärden verleihen Erdogans Forderungen nach einem Anteil an den Ressourcen im Mittelmeer vorläufig Nachdruck. Diese Strategie stösst allerdings spätestens dann an ihre Grenzen, wenn Griechenland auf den türkischen Bluff mit militärischen Mitteln reagiert. Dann stellt sich für Erdogan die Frage: Wie sehr würde ein Einknicken seinem innenpolitischen Machterhalt schaden? Auch wenn keine Seite wirklich den militärischen Konflikt sucht, könnte er sich dem ambitionierten türkischen Präsidenten schliesslich als das kontrollierbare der beiden Übel präsentieren. +